

Dölf. Das neue Stück

Ein Promi ohne Nachname wird 75. Zur Feier gibt es ein Buch

Von Erik Ebnetter

Wer in der Schweiz populär ist, hat nur einen Vornamen. Beni, Christa, Emil, Köbi, Roger. Sie gehören zum Ensemble von *Schweizer Illustrierte* und «Glanz & Gloria», sie spielen jede Woche ein neues Boulevardstück und unterhalten damit das Land. Bekannt geworden sind sie im Sport oder im Showbusiness, auch ein Politiker hat es in die Truppe geschafft – gegen jede Wahrscheinlichkeit. Sein Vorname erinnert an den grössten Verbrecher der Geschichte, trotzdem ist er: «Unser Dölf».

Eben ist ein neues Buch mit diesem Titel erschienen. Die Unterzeile lautet: «75 Wegbegleiter und Zeitzeugen würdigen alt Bundesrat Adolf Ogi». Eine Festschrift von über 300 Seiten.

Im einleitenden Interview sagt Ogi über seine Popularität: «Es ist schwierig für mich, das selbst zu erklären. Ich kann nur feststellen, dass ich heute populärer bin als zu meiner Amtszeit als Bundesrat. Das ist unglaublich.» In der Schweiz gilt: Adolf gleich Ogi – oder zumindest fast immer.

Auf der anderen Seite

An einem schönen Juninachmittag 2017 macht die Bundeshausfraktion der SVP einen Schiffsausflug auf dem Rhein. Eingeladen sind auch die alt Bundesräte der Partei, aber Adolf Ogi ist nicht gekommen. Alt Nationalrat Hermann Weyeneth und Parteipräsident Albert Rösti, beides Berner und alte Bekannte von Ogi, sitzen an Bord nebeneinander. Weyeneth klopft Sprüche, bis er in einer nachdenklichen Sekunde auf die deutsche Flussseite schaut. «Dr Adolf...», murmelt er.

Rösti sagt: «Da wird itz de 75.» Weyeneth: «Wär?» Rösti: «Dr Dölf!» Weyeneth: «I meine nid dä!» Rösti: «Ah, dä uf dr angere Site.» Weyeneth ist 1943, mitten im Zweiten Weltkrieg, geboren, Rösti fast ein Vierteljahrhundert später. Der eine denkt bei Adolf manchmal noch an Hitler, der andere nur noch an Ogi.

Albert Rösti schreibt im Schlusswort des neuen Buchs: «Der Name Adolf Ogi tauchte bei mir schon als kleines Kind, aufgewachsen in Kandersteg, am Familientisch auf. Ich mag mich erinnern, dass meine Eltern oft respektvoll über den Vater von Dölf Ogi, den



«Das ist unglaublich»: Alt Bundesrat Adolf Ogi über seine Popularität. Foto Keystone

früheren Gemeindepräsidenten, erzählt haben.» Adolf Ogi trägt den Namen seines Vaters.

Dieser Vater ist die prägende Figur seines Lebens, ein «Weichensteller», wie Ogi im einleitenden Interview zweimal sagt. Der Vater ist es, der ihm von einer Karriere als Skirennfahrer abrät und ihn stattdessen in Handelsschulen nach La Neuveville und London schickt. Später fragt sich Ogi bei jedem Karriere-schritt, was sein Vater dazu sagen würde.

Viele Schritte sind es nicht, aber grosse. Sein Berufsleben beginnt im Büro des Verkehrsvereins Meiringen-Haslital, später arbeitet er für den Ski-Verband und für Intersport, schliesslich macht er Karriere in der Politik, erst in der Schweiz, dann bei der UNO im Ausland. Ogi sagt: «Ich habe nur fünf Sachen gemacht.» Aber er ist damit weiter gekommen, als er je gedacht hat.

Er erinnert sich an die Zeit nach der Ausbildung: «Ich habe mir damals gesagt, ich kann nicht Direktor der BLS werden, ich kann auch nicht Regierungsrat werden. Schon gar nicht Bundesrat. Liegt nicht drin.» Dass er nicht studiert hat, wird ihm später immer wieder unter die Nase gerieben. Es gibt diesen Witz: «Was steht auf der Visitenkarte von Ogi? – PSK. Primarschule Kandersteg.» Heute sammelt er Ehrendokortitel.

Ohne Angst

Besonders stolz ist Ogi auf sein internationales Wirken. Das erste Kapitel des Buchs enthält Grussbotschaften von Tony Blair, Wolfgang Schädel und Fürst Albert von Monaco, auch ein alter Brief von Bill Clinton ist abgedruckt. Ogi sagt einleitend: «Clinton kam mehrmals in die Schweiz, als ich Bundesrat war, wir konnten jederzeit mit ihm

reden. Obama war acht Jahre nie in der Schweiz, Bush vorher auch nicht. Während 16 Jahren kam kein amerikanischer Präsident mehr in der Schweiz zu Besuch!» Es ist fast das einzige Ausrufezeichen im ganzen Interview.

Geführt hat es Peter Rothenbühler, als ehemaliger Chefredaktor der *Schweizer Illustrierten* ein alter Weggefährte von Ogi. Gegen Schluss fragt er ihn: «Haben Sie Angst vor dem Alter? Sie haben vielleicht noch zehn Jahre zu leben.»

Ogi sagt: «Meinen Sie? Ich stemme mich nicht gegen das Alter, ich akzeptiere es. Für mich ist klar, das Leben ist ein Kommen und Gehen, während die Natur schon da war, als wir nicht da waren, und sie wird noch da sein, wenn wir weg sind.»

Morgen wird er 75.

«Unser Dölf», Weltbild-Verlag und Werd-Verlag 2017, 328 Seiten, Fr. 36.90.

Wo bleibt der Wind?

Die Grünliberalen. Eine kleine Bilanz zu einem kleinen Jubiläum

Bern. Die Grünliberale Partei steht vor den Fragezeichen der Geschichte: Kann der designierte Präsident Jürg Grossen, was Gründerpräsident Martin Bäumle konnte? Kommt die Partei aus ihrer aktuellen Krise heraus? Und ganz generell – wo bleiben eigentlich der Wind und die Wellen, die sie in den ersten Jahren ihrer Geschichte immer getragen hatten? Zehn Jahre gibt es die GLP in diesem Sommer, eigentlich wäre das ein Grund zum Feiern. Aber das Jubiläum trifft die Partei an einem schwer zu bestimmenden Punkt zwischen Aufstieg und Fall.

Der Erfolg und ihr Preis

Im Jahr 2007 hebelte eine neue Partei in die alte politische Ordnung der Schweiz aus: die Grünliberale Partei. Die Formel «grün und liberal» zog viele politisch grüne Akademiker an, denen die SP zu links war, FDP und CVP zu wenig grün. Begünstigt durch den Fukushima-Effekt, von den Medien gehypt und von Wahlsiegen verwöhnt, ritt die GLP bis Ende 2014 auf einer Welle des Erfolgs.

Der rasante Aufstieg war dem umtriebigen Präsidenten Martin Bäumle zu verdanken, der arbeitete – bis alles zu viel wurde. 2012 erlitt der Zürcher Nationalrat einen Schwächeanfall, 2014 einen Herzinfarkt.

2015 kam der Absturz für die Grünliberalen: Im Frühling schickte das Stimmmolk ihre Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» mit 92 Prozent Nein-Stimmen bachab. Ein historisches Ergebnis. Bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober büsste die GLP fünf ihrer

zwölf Nationalratssitze ein, in der kleinen Kammer ist sie gar nicht mehr vertreten. Eine Partei verlor ihr Gewinnerimage. Laut Politologen rächte sich, dass die Partei zu stark auf ökologische Themen setzte. Statt Fukushima dominierten jetzt aber die Flüchtlinge und die Euroschwäche die Schlagzeilen.

Dennoch hat sich die GLP vor allem in der Deutschschweiz etabliert und ist heute in 19 Kantonen und 16 Kantonsparlamenten vertreten. Politisch ist es der Partei gelungen, die Verbindung von Wirtschaft und Umwelt zu stärken.

Nun will die Partei das eigene Profil schärfen, damit ihr nicht das gleiche Schicksal widerfährt wie anderen kleinen Parteien: von der politischen Bildfläche zu verschwinden. Bereits gescheitert ist ein Versuch einer «neuen Mitte» aus GLP, CVP und BDP. Die Parteien konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Kurs einigen. Die Mitte bleibt bis heute zersplittert.

Eine Zäsur für die GLP stellt nun der Wechsel an der Parteispitze dar. Ende Mai kündigte Bäumle seinen Rücktritt als Präsident an. Geht es nach dem Parteivorstand, wird Jürg Grossen sein Nachfolger. Das letzte Wort haben Ende August die Delegierten. Mit dem 48-jährigen Berner Oberländer würde auf den charismatischen Bäumle ein Mann folgen, der sich bisher kaum in den Vordergrund drängte. Inhaltlich kündigte Grossen keinen Richtungswechsel an. Er will sich aber für ein klares politisches Profil einsetzen.

Ob Grossen frischen Wind und neue Wellen bringen kann? Alle Fragen bleiben offen. SDA

Status: Asylbewerberin, unfreiwillig verheiratet

Deutlich mehr Zwangshochzeiten im Asylbereich

Bern. Bei der Fachstelle Zwangsheirat melden sich immer mehr Opfer aus dem Asylbereich. Im vergangenen Jahr betreute die Stelle 64 Fälle von Asylsuchenden – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr. Zwischen 2005 und 2015 habe die Fachstelle insgesamt «nur» 94 Fälle aus dem Asylbereich betreut, sagt Anu Sivaganesan, Präsidentin der Fachstelle Zwangsheirat. Bis vor Kurzem machten die Asyl-Fälle rund einen Zehntel aller Beratungen aus, mittlerweile einen Fünftel.

Sivaganesan schildert etwa den Fall eines irakischen Kurden, der in der Schweiz als anerkannter Flüchtling lebt. Weil sich seine minderjährige Tochter in seinen Augen zu freizügig aufführte, brachte er sie in die Türkei, um sie dort mit einem Landsmann zu verheiraten – gegen ihren Willen.

Die Tochter wollte dagegen aufbegehren und plante, sich nach der Rückkehr in die Schweiz vom aufgezwungenen Ehemann zu trennen. Als die Eltern von diesen Absichten erfuhren, liessen sie die Tochter in den kurdischen Teil des Iraks bringen. Von dort aus alarmierte die junge Frau ihre Lehrerin in der Schweiz. Ob es den Behörden gelingt, sie zurück in die Schweiz zu holen, ist noch offen.

Gegen ihren Willen verheiratet werden meist junge Frauen, oft sind sie sogar noch minderjährig, wie die Auswertung der Fachstelle Zwangsheirat zeigt. Häufigste Herkunftsländer sind

Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran und Somalia – also vor allem auch jene Länder, aus denen derzeit besonders viele Asylgesuche eingehen.

Heiraten auf der Flucht

Allein mit der neuen Flüchtlingswelle lässt sich die Zunahme bei den Zwangsheiraten nicht begründen. Als eine weitere mögliche Erklärung nennt Sivaganesan die zunehmende Bereitschaft der Betroffenen, etwas für die eigenen Rechte und Freiheiten zu tun. «Personen, die neu in die Schweiz kommen, weil der Rechtsstaat hier gut funktioniert, wagen es entsprechend auch, einen Ausweg zu suchen.»

Diese beginnt häufig schon vor der Ankunft in der Schweiz, weiss die Präsidentin der Fachstelle. In vielen Fällen würden Personen bereits gegen ihren Willen verheiratet, bevor sie als Asylsuchende einreisen. «Gerade auf der Flucht wird Heiraten bei Minderjährigen als Schutz eingesetzt.»

Doch auch in der Schweiz kommt es zu Zwangsheiraten. Häufig sind auch hier die Opfer weiblich und minderjährig. Fast immer ist es die eigene Familie, welche die Mädchen unter Druck setzt: Weil eine frühe, organisierte Heirat der Tradition im Herkunftsland entspricht – oder weil die Eltern hoffen, ihre Kinder durch eine frühe Hochzeit unter ihresgleichen vor der «dekadenten» westlichen Gesellschaft zu schützen. SDA

CVP will bremsen

Volksinitiative gegen stetigen Prämienanstieg geplant

Bern. Die CVP will etwas gegen den scheinbar unaufhaltsamen Anstieg der Krankenkassenprämien unternehmen und dazu eine Volksinitiative lancieren. CVP-Generalsekretärin Béatrice Weltli bestätigte einen Bericht der *NZZ am Sonntag*. Die Idee sei, einen Index und eine Begrenzung festzulegen. Übersteige der Prämienanstieg einen gewissen Prozentsatz, des Nominallohnes zum Beispiel, müsse der Bundesrat handeln. Im Detail festgelegt ist der Initiativtext noch nicht. Über den Vorschlag werden die Delegierten befinden. Beginnt die CVP Anfang des nächsten Jahres, die Unterschriften zu sammeln, könnte sie die Prämienbremse zum Wahlkampfthema machen. Denn die 18-monatige Sammelfrist würde im Oktober 2019 enden, wenn die Eidgenössischen Wahlen stattfinden.

Auch die SP arbeitet an einer Initiative zum Thema: Ihre Delegierten beschlossen Ende Juni, einen Text ausarbeiten zu lassen, der verlangt, dass die Prämien nicht höher sein dürfen als zehn Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens. SDA

Nachrichten

Tessiner Kritik am Tessiner Einerticket

Bellinzona. Bei den Tessiner Freisinnigen regt sich Widerstand gegen den Antrag der Parteispitze, den FDP-Nationalrat Ignazio Cassis als einzigen Kandidaten ins Bundesratsrennen zu schicken – so berichtet die *Ostschweiz am Sonntag*. Um den Sitz nicht wieder an die Westschweiz zu verlieren, schlägt etwa der ehemalige Kantonalpräsident Pier Felice Barchi ein Dreierticket mit Cassis, der ehemaligen National- und Staatsrätin Laura Sadis und dem amtierenden Finanzdirektor Christian Vitta vor. SDA

Schneider-Ammann setzt auf Dialog

Bern. Bundesrat Johann Schneider-Ammann verteidigt seinen Besuch in Saudi-Arabien. «Meine Kontakte mit Regierungsmitgliedern dienen dazu, Brücken zu schlagen», sagt er im Interview mit dem *Sonntagsblick*. Es gebe beidseitige Interessen, sagte er weiter. Als Beispiel nannte er den Kampf gegen den Terror, der ein weltweites Anliegen sei. Über die Eskalation in der Region zeigte er sich besorgt. «Es braucht eine Lösung der Krisen durch Dialog», sagte er. SDA

Levrat, der Einflussreiche

Bern. SP-Parteipräsident Christian Levrat bleibt der einflussreichste Politiker der Schweiz. Das zumindest besagt das jüngste Parlamentarier-Ranking, das die *Sonntagszeitung* für die erste Hälfte der laufenden Legislatur erstellt hat. Auf Rang zwei und drei folgen zwei Männer der CVP, Ständerat Pirmin Bischof sowie Parteipräsident und Nationalrat Gerhard Pfister. Frauen sind in den Spitzenrängen untervertreten. Anfang des Jahrzehnts waren unter den besten zehn noch sechs Frauen, aktuell ist es mit GLP-Fraktionschefin Tiana Angelina Moser noch eine. Levrat, der sich als Politvollprofi sieht, ortet den Erfolg beim Rating in seinem Einsatz gegen die «neue Härte der Rechten». SDA

Alle wollen Hanf herstellen

Bern. Das Geschäft mit dem legalen Hanf in der Schweiz wächst und wächst. Wöchentlich steigen neue Unternehmen in die Branche ein, wie die *Ostschweiz am Sonntag* berichten. Demnach sind inzwischen bei der eidgenössischen Zollverwaltung 250 Hersteller registriert. Anfang Jahr waren es erst fünf. Vorläufiger Höhepunkt des Booms ist die Lancierung einer Hanfzigarette, die bereits diese Woche in den ersten Coop-Filialen erhältlich war. SDA